

**Frühjahrstagung 2019 der Fachgruppe Geschichtsmuseen im Deutschen  
Museumsbund:  
Bildungsplattform Museum!? – Vermittlungsarbeit Demokratie  
Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Gedenkstätte Münchner Platz, Dresden  
8. Mai 2019, 9 – 14 Uhr**

## **PROTOKOLL**

### Begrüßung und Fachgruppenangelegenheiten

Nach der Begrüßung der rund 50 Vertreter\*innen von Geschichtsmuseen im DMB durch Fachgruppensprecher Dr. Wilhelm Stratmann, Direktor des Historischen Museums der Stadt Bielefeld, wurden unterschiedliche Fachgruppenangelegenheiten besprochen. Hr. Stratmann erinnerte kurz an die erfolgreich in Kooperation mit der Fachgruppe Bildung und Vermittlung im DMB abgehaltene Herbsttagung 2018 in Frankfurt. Dr. Regina Hanemann, Direktorin der Museen der Stadt Bamberg und im Beirat der Fachgruppe für die Betreuung der Homepage und die Dokumentation zuständig, bat um Prüfung der im Internet über die Fachgruppe eingestellten Informationen und um Abgabe von eventuell noch bei Mitgliedern vorhandenem relevanten Dokumentationsmaterial an sie oder an Hr. Stratmann.

Sodann sprach Susanne Feldmann, Beirätin der Fachgruppe, namens des Stadtmuseums Halle und dessen Direktorin, Fr. Unger, die Einladung zur Herbsttagung der Fachgruppe nach Halle an der Saale aus. 30 Jahre nach dem Mauerfall sollen auf dieser Tagung das Themenfeld „Deutsch-deutsches Verhältnis aus der Perspektive von Geschichtsmuseen“ aufgespannt und zugleich auf einer Metaebene der Frage nach Spaltungsprozessen in modernen Gesellschaften sowie nach der Relevanz ihrer Thematisierung in Museen nachgegangen werden. Eine Präzisierung dieses derzeit noch relativ offenen Themas für die Tagung wird in nächster Zeit erfolgen. Informationen, auch praktischer Art zur Tagung, werden an die Mitglieder der Fachgruppe rechtzeitig vermittelt. Fest steht das Datum der Tagung: **14.-16.11.2019.**

Nach diesem Ausblick rückte die aktuelle Fachgruppentagung in den Mittelpunkt. Diesbezüglich galt der Dank von Hr. Stratmann zunächst den beiden Organisatorinnen des Tagungsprogramms, Dr. Claudia Gemmeke, Stiftung Stadtmuseum Berlin, und Dr. Susanne Sommer, Direktorin des Kultur- und Stadthistorischen Museum Duisburg, die passend zum gesamthematischen Rahmen der Dresdner Tagung und zum Veranstaltungsort ein überaus informatives und anregendes Vortragsprogramm zum Thema Gedenkstättenarbeit, Demokratiegeschichte und Demokratiebildung zusammengestellt hatten. Zugleich sprach Hr. Stratmann für die Fachgruppe ein großes Dankeschön an die Gastgeberin, die Leiterin der Gedenkstätte Münchner Platz, Dr. Birgit Sack, aus. Fr. Dr. Sack erläuterte im Anschluss kurz die unterschiedlichen Standorte der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und die Geschichte der Gedenkstätte Münchner Platz, die seit Dezember 2012 als Justizgedenkstätte am historischen Ort eines seit 1907 bestehenden Gerichts und Untersuchungsgefängnisses (bis 1957) nationalsozialistische Strafjustiz, Strafjustiz der sowjetischen Besatzungsmacht und in der frühen DDR sowie das Gedenken an den kommunistischen Widerstand gegen den NS vor Ort aufarbeitet und präsentiert. Dies geschieht in Gestalt eines stark biografischen Ansatzes, der derzeit z. B. durch ein digitales Biografienportal zu den zahlreichen in Dresden

hingerichteten tschechischen Widerstandskämpfern in Kooperation mit Einrichtungen in Tschechien ergänzt wird.

## Vorträge

Dr. Claudia Gemmeke führte zunächst in das Rahmenthema aller Vorträge ein: Angesichts der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in vielen Ländern Europas, nicht zuletzt auch in Deutschland, besitzt die Thematisierung der von zahlreichen Brüchen gekennzeichneten Geschichte der Demokratie, ihrer labilen Positionierung zwischen Gefährdung und Wertschätzung neuerlich höchste Aktualität. Hierzu gehört zentral die Demokratiebildung, die ein wesentliches Aufgabenfeld von Gedenkstätten und Museen darstellt. Im Rahmen des Themas der Frühjahrstagung „Bildungsplattform Museum!“ hatte es sich daher die Fachgruppe Geschichtsmuseen vorgenommen, aktuelle Beispiele für die „Vermittlungsarbeit Demokratie“ vorzustellen und zu diskutieren. Hierzu wurden drei Perspektiven ausgewählt: Der Einsatz eines Vereins für die Aufarbeitung und Präsentation der demokratischen Leistung der Weimarer Republik, eine beispielhafte Gedenkstättenarbeit zur DDR-Diktatur und historische Bildung in einer Migrationsgesellschaft auf der Basis einer NS-Gedenkstätte.

**Stephan Zänker, Geschäftsführer von „Weimarer Republik e. V.“, Weimar**, vertrat bei der Tagung eine Einrichtung, die sich die Präsentation und Vermittlung deutscher Demokratiegeschichte auf ihre Fahnen geschrieben hat und auf diese Weise Demokratiebildung anhand eines der (seltenen) demokratischen Vorbilder in Deutschland betreiben will. Konkret geht es um das „**Haus der Weimarer Republik**“, das noch in diesem Jahr am Theaterplatz in Weimar, also „in bester Lage“, eröffnet wird. Gefördert durch das Bundesministerium der Justiz und entwickelt in Kooperation mit der Forschungsstelle „Weimarer Republik“ an der Universität Jena, entsteht ein Raum (400 qm Ausstellungsfläche, 3,9 Mio. Euro Investitionsvolumen), der vor allem multimedial die Weimarer Republik in der demokratischen Erinnerungskultur in Deutschland verankern soll. Nicht nur die Entwicklung, die zu ihrem Scheitern führte, sondern vor allem die demokratischen Leistungen dieser Phase deutscher Geschichte und ihr „Labor-Charakter“ sollen im Mittelpunkt dieses Ortes stehen. Das Vorhaben steht zudem in einem Netzwerk „Orte der Demokratiegeschichte“, das die Thematisierung der Weimarer Republik in einen größeren Kontext nationaler demokratischer Erinnerungsorte einbetten soll. Zänker erläuterte, dass das Projekt von der These ausgehe, dass auch das noch relativ selten geübte Gedenken an Demokratiegeschichte in Deutschland einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung leiste und dass hierfür der Blick auf die Weimarer Republik als Folie dienen könne. Eine demokratische Gesellschaft brauche positive historische Vorbilder und einen daraus erwachsenden „Verfassungspatriotismus“, so Zänker. Was die Geschichte der Weimarer Republik im speziellen angehe, so würde dieser demokratische Versuch inzwischen viel stärker unter die Lupe genommen und nach Schlüssen für Zeiten der Demokratiegefährdung befragt werden, als es in der Vergangenheit unter dem Diktum „Bonn ist nicht Weimar“ der Fall gewesen sei. In der anschließenden Diskussion wurde die grundsätzliche Kernthese, von der das künftige Haus ausgeht, nicht angezweifelt, wohl aber die Frage nach der Aura, Anschaulichkeit und Lebendigkeit angesichts weitgehend fehlender originaler Objekte zur Geschichte der Weimarer Republik an diesem Ort gestellt. Droht hier nicht eine allzu abstrakte, papierene Thematisierung, die das Gegenteil von Interesse an diesem Abschnitt deutscher Geschichte hervorrufen, ja sogar alte Vorurteile (realitätsferner,

zum Scheitern verurteilter Demokratieversuch) über diese Zeit bestätigen könnte? Auch die Konzentration auf die großen nationalen Grundlinien der Entwicklung anstelle örtlicher thematischer Verankerung – dies geschieht im Stadtmuseum Weimar – könnte diese Gefahr verstärken, so die Meinung einiger Diskutant\*innen.

Der komplexen Frage des Umgangs mit dem Alltag und der Alltagserfahrung in einer Diktatur im musealen Kontext der Demokratiebildung ging unter dem Titel „Freiheit oder Sicherheit? Zeitgeschichtliche Ausstellungen als Orte der Diskussion über Gesellschaft, Werte und Demokratie“ **Gundula Dicke, Bildungsreferentin beim Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland**, nach. Die Referentin machte anhand ihrer Erfahrungen aus der pädagogischen Arbeit im „Tränenpalast – Ort der deutschen Teilung“ und im „Museum in der Kulturbrauerei“ in Berlin deutlich, dass sich angesichts vieler Formen der individuellen Anpassung und Verarbeitung des Lebens in der DDR die Zielsetzung, anhand einer zeitgeschichtlichen Ausstellung über eine Diktatur für die Demokratie zu mobilisieren, als tägliche Gradwanderung entpuppt. Viele Besucher\*innen relativierten die Verhältnisse in der ehemaligen DDR angesichts der Unzufriedenheit über die Verhältnisse heute (z. B. „Heute habe ich doch auch keine echte Wahl.“) oder eines notwendigen Arrangierens mit den Verhältnissen im Sozialismus. Die Referentin verdeutlichte dies am Beispiel eines „Brigade-Tagebuches“, das gleichermaßen als Dokument sozialistisch gelenkter Wirtschaft wie als Zeugnis eines gelebten Betriebszusammenhalts gelesen werden kann. Angesichts entsprechend vieler Fragen oder Entgegnungen von Besucher\*innen sei deshalb umfassende Kenntnis zur DDR-Geschichte obligatorisches Rüstzeug der Pädagogen, wobei ein Teil der Einwände von Publikumsseite auch rein provokativ erfolgt. Insgesamt machte Dicke die Notwendigkeit eines sehr feinen Sensoriums deutlich, mit dem das Museumspersonal ausgestattet sein müsse, um zwischen Desillusionierung des Publikums und Verständnis für dasselbe navigieren zu können. Trotz dieser Herausforderungen vertrat die Referentin am Ende den Standpunkt, dass – im Vergleich zum vorangegangenen Vortrag – Demokratiebildung durch eine Negativfolie sehr wahrscheinlich eindringlicher und wirksamer gelingt als durch das „hohe Lied der Demokratie“.

Mit einem vielschichtigen, thesenreichen, manchmal sogar verstörend wirkenden Blick auf heutige Gedenkstättenarbeit am Beispiel des „**Haus der Wannseekonferenz**“ in Berlin schloss dessen stellvertretende Direktorin **Dr. Elke Gryglewski** den Vortragsteil der Tagung unter dem Titel „**Historische Bildung in der Migrationsgesellschaft**“ ab.

Gedenkstättenarbeit an historischen Orten des Nationalsozialismus lebten von der „negativen Aura“ eines Objektes (meist ein Gebäude), das zudem von den Besucher\*innen mit Emotionen überladen („Friedhofersatz“) oder aber (z. B. durch Schulklassen) „zwangsweise“ besucht werde – allesamt keine sonderlich günstigen Voraussetzungen für „Demokratiebildung“, so Gryglewski. Wie ist vor diesem schwierigen Hintergrund Besucher\*innen der Migrationsgesellschaft zu begegnen mit ihren je eigenen persönlichen Erfahrungen und – bezogen auf die deutsche Geschichte – Wissensdefiziten? Hier jedoch mahnte die Referentin ein Umdenken oder zumindest eine Infragestellung der eigenen Position an. Sollte man weniger exklusiv denken und persönliche Erfahrungshorizonte zulassen? Das Haus der Wannseekonferenz versucht einen derartigen Weg bei der Arbeit vor und am Ort, zum Beispiel in einem Format, das nach den wichtigsten historischen Ereignissen aus persönlicher Perspektive fragt. Diese Überlegungen mündeten in ein Plädoyer Gryglewskis für Methodenvielfalt und intensives Eingehen auf die jeweilige Gruppe, was auch Vorurteile bzw. Voreinstellung auf Museumsseite abbauen helfe.

Zum Abschluss der Tagung bot sich unter der Leitung von Fr. Dr. Sack die Möglichkeit, die **Gedenkstätte Münchner Platz** näher kennenzulernen. Als besonders auffällig und für die Gedenkstättenarbeit vor Ort entscheidend stellte sich dabei die vielschichtige Überformung des Ortes z. B. in Gestalt der Funktion als Gedenkstätte in der DDR (Skulpturengruppe und Gedenktafeln) oder als Teil der Technischen Universität Dresden (seit 1957) heraus. Entsprechend gering sind die heute noch direkt sichtbaren Spuren justizieller Nutzung. Die in einem kleinen Teil des einstigen Landgerichtsgebäudes untergebrachte Dauerausstellung der Gedenkstätte stellt ausgewählte Schicksale unterschiedlicher Opfergruppen und Verfolgungsperioden in den Vordergrund, die hier in Dresden vor Gericht standen, inhaftiert und/oder hingerichtet wurden.

21.5.2019 Andreas Weiß